

**Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches**  
**mit Außenministerin Annalena Baerbock am 27. August 2024**

<b>Organisation</b> Mitgliedsorganisationen Misereor, Brot für die Welt, Werkstatt Ökonomie/KASA
<b>Länderthema:</b> Simbabwe
<b>Veröffentlichung:</b> ja
<b>Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:</b> Nach den Wahlen in Simbabwe am 23. und 24. August 2023 hat sich die Menschenrechtslage in Simbabwe unter der Präsidentschaft von Emmerson Mnangagwa weiter verschlechtert. Dies drückt sich insbesondere in den folgenden drei Entwicklungen aus:  <u>Wahlen 2023 und politische Partizipation:</u> Die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen verliefen im Allgemeinen friedlich, jedoch wiesen mehrere unabhängige Wahlbeobachtungsmissionen darauf hin, dass die Wahlen nicht im Einklang mit den nationalen, regionalen und internationalen Rahmenvorschriften für Wahlen durchgeführt wurden und somit weder fair noch frei von Missbrauch und Unregelmäßigkeiten waren. Die Wahlbeobachtungsmissionen stellten unter anderem Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Einschüchterung von Wähler*innen, ein eingeschränktes politisches Umfeld sowie logistische Verzögerungen in Wahllokalen in Oppositionshochburgen fest. Darüber hinaus führte die dem Geheimdienst unterstellte „Forever Associates Zimbabwe“ (FAZ) vor vielen Wahllokalen Befragungen durch, ohne dafür rechtlich legitimiert zu sein. Polizei und Geheimdienst führten Razzien in lokalen Wahlbeobachtungszentren durch, bei denen auch akkreditierte Wahlbeobachter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen verhaftet wurden. Die NRO Zimbabwe Peace Project registrierte im Wahlmonat allein 384 Menschenrechtsverletzungen, darunter Drohungen, Belästigungen, Einschüchterungen, Übergriffe und Brandstiftung, von denen zwei Drittel von ZANU-PF-Mitgliedern oder der FAZ verübt wurden.  Bereits Anfang Oktober wurden 15 neu gewählte Abgeordnete der oppositionellen „Citizen Coalition for Change“ (CCC) in einem umstrittenen Verfahren ihres Mandats enthoben. Infolge weiterer Mandatsenthebungen, Rücktritten und den darauffolgenden Nachwahlen konnte die regierende ZANU-PF im Februar eine Zwei Drittel Mehrheit im Parlament erringen. Diese und eine Zwei Drittel Mehrheit im Senat sind notwendig, um Präsident Mnangagwa im Zuge einer Verfassungsänderung eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Vertreter*innen von Opposition und Zivilgesellschaft kritisieren die offensichtliche parteipolitische Instrumentalisierung der simbabwischen Wahlkommission und weiter Teile des Justizapparats, welche die manipulative Schwächung der Opposition ermöglichte.  Angesichts der aktuellen Dürre und drohenden Hungersnot beklagen zivilgesellschaftliche Organisationen die Politisierung von Nahrungsmittelhilfen durch staatliche Einrichtungen. Die Priorisierung bei der Auswahl der Distrikte und Dörfer erfolgt entsprechend dem Abstimmungsverhältnis der vergangenen Wahlen. Mutmaßliche Sympathisant*innen der Opposition werden von Verteilungslisten gestrichen oder so eingeschüchtert, dass sie sich nicht registrieren lassen oder die Hilfen nicht entgegennehmen.  <u>Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsräums (shrinking civic space):</u> Der im Juli 2023 in Kraft getretene sogenannte „Patriot Bill“ stellt die „vorsätzliche Verletzung der Souveränität und nationalen Interessen Simbabwes“ unter Strafe, worunter auch das Eintreten für die Beibehaltung der gegen Simbabwe verhängten internationalen Sanktionen fällt. Durch seine vagen Formulierungen kann das Gesetz arbiträr gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, Presse, pro-demokratische Aktivist*innen oder Opposition eingesetzt werden. Diese können mit langen Haftstrafen oder dem Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts bestraft werden. Die internationale Lobbyarbeit insbesondere von Menschenrechtsorganisationen, etwa im Rahmen des UPR-Prozesses der VN, werden dadurch massiv gefährdet. Ebenso stellt das Verbot von Kritik durch zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Entwicklungspartnern einen Rückschritt für die Demokratie in Simbabwe dar.

Das geplante NRO-Gesetz („PVO Amendment Bill 2024“) ermöglicht es auch in seiner revidierten Fassung unter dem Vorwand des Kampfs gegen Terrorismusfinanzierung, die Aktivitäten von kritischen NROs zu kontrollieren und zu unterbinden sowie ihre Zulassung zu widerrufen. Es liegt dem Parlament aktuell zur zweiten Lesung vor. Doch bereits jetzt hat das Gesetz Teile seiner intendierten Wirkung erzielt: Aus Angst um ihre Registrierung äußern sich Menschenrechtsorganisationen weniger kritisch. Zudem verweigern oder annullieren lokale Behörden Kooperationsvereinbarungen („MoU“) mit NROs und unterbinden somit deren Arbeit in bestimmten Regionen. Im Falle einer Verabschiedung und Implementierung des NRO-Gesetzes erhält die Regierung nicht nur eine stärkere Kontrolle und Einblick in die Finanzen von Organisationen, sondern auch in die Arbeits- und Betriebsweise, (persönliche) Daten von Mitarbeitenden, Aktivist\*innen und Zielgruppen sowie offizielle Dokumente.

#### Brutalität von Sicherheitskräften:

In den vergangenen Jahren wurde zivilgesellschaftliches Engagement zusehends kriminalisiert. In den letzten Monaten wurden mehrere Verhaftungen von politischen Aktivist\*innen im privaten Bereich sowie Entführungen und mutmaßliche Vergiftungen, oftmals unter der Beteiligung von Sicherheitskräften, verzeichnet. Hauptakteure hier sind die FAZ, die inzwischen weit öfter als die Polizei zu gewalttäglichen Mitteln greifen.

In diesem von Gewalt geprägtem Kontext wurde nun auch im April 2024 das umstrittene Programm des Nationalen Jugenddienstes (National Youth Service - NYS) von Präsident Mnangagwa wieder ins Leben gerufen. Bevor der Dienst vor Jahren eingestellt wurde, stand er in der Kritik, als verdeckte Miliz in ländlichen Gebieten mit Gewalt, einschließlich Vergewaltigungen und Morden, gegen die Opposition vorzugehen. Trotz eines leicht abgewandelten Namens (Youth Service in Zimbabwe) bleibt die Befürchtung, dass die Mitglieder des Jugenddienstes in Zukunft wieder zur gewalttätigen Sicherung des Machterhalts der ZANU-PF eingesetzt werden könnten.

#### **Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:**

Die Bundesregierung sollte den Dialog mit der simbabwischen Regierung und in verstärktem Maße auch mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgebervertretungen des Landes suchen.

Wir bitten die Bundesregierung:

- sich gegenüber der simbabwischen Regierung für eine Überarbeitung des geplanten NRO-Gesetzes einzusetzen – unter Berücksichtigung der Forderungen der Zivilgesellschaft nach politisch unabhängigen Registrierungs- und Akkreditierungsprozessen inklusive Peer-Review-Mechanismen, die im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards stehen.
- auf die konsequente Umsetzung der 2013 verabschiedeten Verfassung zu drängen: Alle Gesetze müssen im Einklang mit der Verfassung stehen statt diese auszuhebeln.
- proaktiv nach Möglichkeiten zu suchen, um angesichts des „Patriot Bills“ einen vertrauensvollen Dialog mit kritischen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft aufzunehmen, ohne diese zu gefährden.
- Menschenrechtsverteidiger\*innen im Land durch konsequente Anwendung der EU-Richtlinien zu ihrem Schutz gezielt zu unterstützen und besonders exponierten Personen Mehrfachvisa zur kurzfristigen Ausreise zu erteilen.
- auf sektorale Reformen in Militär, Geheimdienst und weiteren Staatssicherheitsorganen zu drängen, um deren öffentliche Rechenschaftspflicht zu stärken und die bisherige de facto Straflosigkeit der Sicherheitskräfte zu beenden.
- die Regierung zu Transparenz gegenüber Bevölkerung, Zivilgesellschaft und dem Parlament in Bezug auf Handels-, Rohstoff-, Investitions- und Schuldenabkommen mit Drittländern oder Regionen zu drängen.
- jegliche humanitäre Hilfe im Kontext der aktuellen Dürre und Hungerkatastrophe über lokal präsente Hilfsorganisationen abzuwickeln, um eine politische Instrumentalisierung der Hilfen durch Regierungsstellen zu vermeiden.

Zudem bitten wir die Bundesregierung gemeinsam mit ihren europäischen Partnern und EU-Institutionen:

- Menschenrechtsverletzungen verstärkt öffentlich anzusprechen und der Zivilgesellschaft so moralische Unterstützung zu signalisieren. Auf lokaler Ebene sollte die deutsche Botschaft in Harare sich dafür einsetzen, dass die EU-Delegation hier wieder eine führende Rolle einnimmt.
- die simbabwische Zivilgesellschaft gezielt und in verstärktem Maße bei ihrer Menschenrechts- und Versöhnungsarbeit, bei ihrem Kampf gegen Ressourcenplünderung, Umweltverschmutzung und Korruption sowie der Bewältigung der humanitären Krisen im Land zu unterstützen. Dabei sollen vor allem simbabwische Organisationen, die als „Akteure des Wandels“ der Zivilgesellschaft agieren können, Zugang zu internationalen Geldern erhalten.